



Finanzmarkt

Banken einfach erklärt

1. Oktober 2025

Auf einen Blick

Banken stehen regelmässig im Zentrum politischer Debatten und öffentlicher Aufmerksamkeit. Ihre wichtige Rolle in der Volkswirtschaft macht sie zu einem wichtigen Thema, das sowohl Chancen als auch Risiken birgt. Ziel dieser Publikation ist es, eine objektive Darstellung der Rolle der Banken, ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft sowie der bestehenden Regulierung zu liefern. Dieses Dossierpolitik soll ein fundiertes Verständnis für die vielschichtigen Funktionen des Bankensektors und seine Herausforderungen schaffen.



Isabelle Meier

Projektmitarbeiterin Wettbewerb & Regulatorisches



Guido Saurer

Projektleiter Wirtschaftspolitik & Bildung

Das Wichtigste in Kürze

Banken sind das Herz-Kreislauf-System einer modernen Volkswirtschaft. Sie vermitteln Kapital, transformieren Fristen und Risiken, ermöglichen bargeldlosen Zahlungsverkehr und schaffen Geld durch Kreditvergabe. In der Schweiz ist der Finanzplatz ein zentraler Wirtschaftsfaktor mit hoher Produktivität und internationaler Bedeutung. Risiken wie Marktveränderungen oder Vertrauensverlust können Banken destabilisieren. Daher ist eine gezielte Finanzmarktregulierung nötig, um Stabilität, Transparenz und Anlegerschutz zu gewährleisten. Instrumente wie Einlagensicherung, «Bail-in» und Notfusionen ergänzen die Regulierung in Krisen. Historisch entwickelte sich die Regulierung als Reaktion auf Krisen und passt sich laufend neuen Herausforderungen wie FinTechs an. Die Schweiz übernimmt internationale Standards (Basel III, FATF, MiFID II) und geht teils darüber hinaus, etwa bei Eigenkapitalvorgaben. Institutionen wie Parlament, Bundesrat, SNB, FINMA und Selbstregulatoren sichern gemeinsam die Stabilität des Finanzsystems.

Position *economiesuisse*

- Regulierung mit Augenmass statt Überregulierung: *economiesuisse* fordert eine Regulierung, die Stabilität schafft, aber nicht über das Ziel hinausschiesst. Übermässige Verschärfungen – etwa bei Eigenkapitalanforderungen oder FINMA-Kompetenzen – lehnt der Verband ab, da sie die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes gefährden und die Kreditvergabe verteuern könnten.
- Internationale Anschlussfähigkeit sicherstellen: Die Schweiz soll sich an internationalen Standards wie Basel III orientieren, diese aber nicht unnötig verschärfen. Eine enge Abstimmung mit globalen Regeln ist essenziell, um Banken konkurrenzfähig zu halten und regulatorische Alleingänge zu vermeiden.
- Selbstregulierung als Erfolgsmodell stärken: *economiesuisse* betont die Bedeutung der Selbstregulierung als flexibles, praxisnahes und kosteneffizientes Instrument. Sie ermöglicht eine rasche Anpassung an Marktbedingungen und wird als glaubwürdige Alternative zur staatlichen Regulierung positioniert.

- Stabilität und Vertrauen durch gezielte Reformen: Nach der CS/UBS-Fusion unterstützt economiesuisse gezielte Verbesserungen im Krisenmanagement und in der Aufsicht, lehnt jedoch pauschale Eingriffe wie Bonusdeckelungen oder zusätzliche FINMA-Kompetenzen ab. Ziel ist ein robuster, aber marktfähiger Finanzplatz.



Welche Rolle spielen Banken *in einer Volkswirtschaft?*

Banken fungieren als Drehscheibe für Kapital und nehmen deshalb eine tragende Rolle in einer Volkswirtschaft ein. Sie bringen Menschen, die ihr Geld gewinnbringend und sicher anlegen möchten, mit jenen zusammen, die es für Investitionen oder Konsum benötigen. Banken bündeln die Einlagen von Sparern und stellen dieses Kapital als Kredite zur Verfügung. So ermöglichen sie nicht nur die Finanzierung von Unternehmensprojekten und Innovationen, sondern auch den Traum vom Eigenheim oder andere persönliche Vorhaben. In diesem Kapitel werden die zentralen Funktionen von Banken kurz erläutert.

Kapitalvermittlung

Banken bringen Nachfrager und Anbieter von Kapital zusammen. Die Einlagen von Sparern stellen das Angebot dar. Auf der Nachfrageseite stehen Haushalte und Unternehmen, die Kapital als Kredite beziehen möchten. Besonders relevant ist die Kreditvergabe dabei für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Da diese Betriebe oft keinen direkten Zugang zum Kapitalmarkt haben, sind sie massgeblich auf Banken angewiesen, um grössere Investitionen finanzieren zu können.

Losgrössentransformation

Banken sammeln viele kleine Einlagen und vergeben diese als grössere Kredite. Dieser Vorgang wird als Losgrössentransformation bezeichnet. Weil Banken viele kleine Einlagen aggregieren, können sie Kapital für grössere Investitionen bereitstellen. Ein einzelner Einleger wäre dazu kaum in der Lage und für den Kreditnehmer wäre es sehr aufwendig, wenn er selbst viele kleine Anleger für den Kredit aufreiben müsste.

Fristentransformation

Die Einlagen der Sparer haben einen kurzfristigen Zeithorizont, das heisst die Einleger gehen davon aus, dass sie ihr Geld jederzeit beziehen können. Die Kredite der Bank sind dagegen langfristig ausgelegt. Banken überbrücken diese unterschiedlichen Zeithorizonte durch die sogenannte Fristentransformation.

Risikotransformation

Banken vergeben Kredite an verschiedene Kreditnehmer. Dadurch streuen sie das Risiko und vereinfachen es den Einlegern, ihre Anlagen zu diversifizieren.

Informationsfunktion

Bevor Banken Kredite vergeben, sammeln sie relevante Informationen über den Kreditnehmer, wie zum Beispiel dessen Bonität. Das ist deutlich effizienter, als wenn jeder einzelne Einleger diese Informationen beschaffen müsste. Banken reduzieren dadurch Informationsasymmetrien am Markt.

Bargeldloser Zahlungsverkehr

Banken sorgen auch dafür, dass unser täglicher Zahlungsverkehr reibungslos funktioniert, sei es bei Überweisungen, Kartenzahlungen oder automatischen Abbuchungen.

Geldschöpfung

Wenn Banken Kredite vergeben, müssen sie nur einen Teil des Geldes tatsächlich halten, als Eigenkapital und als Reserve bei der Nationalbank. Der Kreditnehmer erhält aber den vollen Betrag gutgeschrieben und kann dieses Geld in Umlauf bringen. Durch die Kreditvergabe wird so neues Geld geschaffen. Dieser Prozess wird von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) beobachtet und im Rahmen der Geldpolitik berücksichtigt.

Vermögensverwaltung

Schliesslich können Kunden ihre Vermögen von Banken verwalten lassen. In diesem Fall übernehmen Banken im Auftrag der Kunden die strategische Planung, Investition und Überwachung ihrer Gelder.



Welche Bedeutung haben Banken *in der Schweiz?*

Der Schweizer Finanzplatz ist ein zentraler Pfeiler der Schweizer Volkswirtschaft. Seine breit aufgestellte Kombination aus kleinen Banken bis hin zu einer international tätigen Grossbank beeindruckt mit seiner wirtschaftlichen Stärke. Der Schweizer Finanzplatz ist nicht nur ein Motor für die nationale Wirtschaft, sondern spielt auch international eine führende Rolle. In diesem Kapitel wird die Bedeutung von Banken in der Schweiz anhand von Zahlen aufgezeigt.

Abbildung 1

Bedeutung des Schweizer Finanzplatzes in Zahlen

► Überblick über die wichtigsten Kennzahlen des Finanzsektors

Kategorie	Anteil
Beschäftigte (direkt, in Vollzeitäquivalenten)	ca. 158'000 Personen (Wyman Studie 2025*)
Anteil an Gesamtbeschäftigung	ca. 4% (Wyman Studie 2025*)
Bruttowertschöpfung	42,18 Mrd. (Wyman Studie 2025*)
Anteil am Schweizer BIP	ca. 5% (Wyman Studie 2025*)
Produktivität	266'962 CHF pro Vollzeitäquivalent
Verwaltete Vermögen	9'069 Mrd. (Bankbarometer 2024 SBA*)
Anzahl Banken	236 Institute (Bankbarometer 2024 SBA**)

Quelle: eigene Darstellung
www.economiesuisse.ch

* Datenstand Jahr 2024
** Datenstand Jahr 2023

Rund 158'000 Personen sind direkt im Finanzsektor beschäftigt, was etwa vier Prozent der Gesamtbeschäftigung entspricht. Der Finanzplatz schafft somit zahlreiche Arbeitsplätze. Mit einer Bruttowertschöpfung von 42.18 Milliarden Franken trägt der Sektor rund fünf Prozent zum Schweizer Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei. Die Produktivität pro Kopf ist mit 266'962 Franken aussergewöhnlich hoch und unterstreicht die Effizienz des Finanzplatzes. Darüber hinaus verwalten die Schweizer Banken ein beeindruckendes Vermögen von 9'069 Milliarden Franken, verteilt auf etwa 236 Institute.



Wieso können Banken in Schieflage geraten und was hat es ***mit der Systemrelevanz auf sich?***

Banken sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Wirtschaft. Ihre Geschäftsmodelle bringen spezifische Risiken mit sich, die durch die Natur ihrer Tätigkeiten bedingt sind. Sie können aus verschiedenen Gründen in Schieflage geraten. Kriselnde Banken können nicht nur deren Geschäft, sondern auch weitere Finanzinstitute und letztlich die gesamtwirtschaftliche Stabilität gefährden. In diesem Kapitel wird auf die Risiken und den Aspekt der Systemrelevanz eingegangen.

Marktveränderungen und Fehlentscheidungen

Einerseits können unvorhergesehene Marktveränderungen oder Fehlentscheidungen zu Liquiditätsengpässen führen, die im schlimmsten Fall bis zur Insolvenz reichen. Andererseits kann ein stabiles Risikomanagement dazu beitragen, solche Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und abzufedern.

Vertrauensverlust

Auch wenn eine Bank solide wirtschaftet, können durch einen Vertrauensverlust fatale Folgen entstehen. Eines dieser kritischen Szenarien stellt der sogenannte «Bank Run» dar, bei dem überdurchschnittlich viele Kunden gleichzeitig ihr Geld abheben möchten. Sie gefährden dadurch die Stabilität der Bank. Ein solcher Vorgang basiert nicht immer auf rationalen Gründen, sondern kann auch aus psychologischer Unsicherheit entstehen. Ziehen viele Einleger gleichzeitig ihre Gelder ab, ist die Bank gezwungen, Vermögenswerte zu verkaufen, aufgrund der Dringlichkeit häufig auch unter deren Wert. Solche Verluste schmälern das Eigenkapital erheblich und können schliesslich sogar zur Zahlungsunfähigkeit führen. Es entsteht eine Kettenreaktion, die selbst «gesunde» Banken gefährden kann.

Systemrelevante Banken (SIBs)

Die Systemrelevanz von Banken ergibt sich aus ihrer Grösse und Vernetzung und der unvollständigen Substituierbarkeit ihrer angebotenen Finanzdienstleistungen. Der Ausfall einer systemrelevanten Bank hätte gravierende Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft, da Banken eng mit anderen Finanzinstituten und Unternehmen verschiedener Branchen verflochten sind. Zudem können gewisse Dienstleistungen wie etwa der Zahlungsverkehr, die Kreditvergabe oder das Risikomanagement nicht kurzfristig in gleichem Umfang von anderen Instituten übernommen werden. Diese Vernetzung bedeutet, dass eine Krise in einer Bank schnell auf andere Marktteilnehmer und die gesamte Volkswirtschaft übergreifen kann. Der Zusammenbruch einer grossen Bank kann gravierende Auswirkungen auf das gesamte Finanzsystem haben. Aus diesen Gründen unterstellt der Gesetzgeber systemrelevante Banken besonderen Vorgaben, wie dem «Too-big-to-fail»-Regime, mit dem Ziel, deren Stabilität zu erhöhen und das Risiko einer systemischen Krise zu reduzieren. Gleichzeitig stellen kleinere Institute ein geringeres Risiko für die Stabilität des Finanzsystems dar. Institute, die weniger als eine Million Franken an Publikumseinlagen entgegennehmen und keine Zinsdifferenzgeschäfte betreiben, gelten nicht als gewerbsmässig im Sinne des Bankengesetzes und sind von einer Bewilligungspflicht befreit. Für Institute mit Einlagen bis 100 Millionen Franken besteht die Möglichkeit einer vereinfachten Regulierung im

Rahmen der FinTech-Lizenz. Banken mit höheren Einlagen unterliegen der vollen Regulierung nach dem Bankengesetz. Für besonders grosse, systemrelevante Banken gelten zusätzlich verschärfte Anforderungen im Rahmen des «Too-big-to-fail»-Regimes. Ziel dieses gestuften Modells ist es, dass die regulatorischen Anforderungen der tatsächlichen Grösse und dem Risiko eines Instituts angemessen entsprechen.



Was sind die Gründe für eine Finanzmarktregulierung, ***was sind die Zielsetzungen- und wie werden diese erreicht?***

Die Finanzmarktregulierung ist ein wichtiges Instrument, mit dem unter anderem der Gesetzgeber, der Bundesrat und die FINMA zur Erhöhung der Stabilität und für die Funktionsfähigkeit des Finanzsystems sorgen. Der Gesetzgeber schafft die Grundlagen auf Gesetzesesebene, der Bundesrat konkretisiert diese in Verordnungen, und die FINMA setzt sie in der Aufsicht um. Die Finanzmarktregulierung lässt sich durch die spezifischen Geschäftsmodelle von Banken rechtfertigen. Diese machen eine sektorspezifische Regulierung notwendig, um die potenziellen Risiken, die aus solchen Geschäftsmodellen resultieren (insbesondere auch die Fristentransformation [vgl. Ziff. 1]), zu minimieren. In diesem Kapitel werden zuerst die Gründe und anschliessend die Ziele der Finanzmarktregulierung erläutert. Zudem werden auch die wichtigsten Massnahmen vorgestellt, die zur Erreichung dieser Ziele in der Schweiz umgesetzt werden.

Gründe für die Finanzmarktregulierung

Finanzmärkte und Banken spielen eine wichtige Rolle in der Wirtschaft. Sie stellen Kapital zur Verfügung, helfen dabei, Risiken zu managen und bringen Sparer und Kreditnehmer zusammen. Diese Aufgaben sind entscheidend für das reibungslose Funktionieren der Wirtschaft. Wenn Banken in Schwierigkeiten geraten oder instabil werden, kann das nicht nur ihr eigenes Geschäft gefährden, sondern auch die gesamte Wirtschaft beeinträchtigen (vgl. auch Ziff. 3). Deshalb ist es wichtig, dass Banken gut reguliert werden, um solche Risiken möglichst wirksam und effizient zu minimieren und das Finanzsystem stabiler zu machen.

Ziele der Finanzmarktregulierung

Die Finanzmarktregulierung umfasst mehrere verschiedene gezielte Massnahmen, die ein Bewusstsein für Risiken schaffen sowie das gesamte System stabil und nachhaltig gestalten. Gleichzeitig schafft sie die notwendigen Rahmenbedingungen.

Stabiles Finanzsystem sichern und Risiken minimieren

Ein zentrales Ziel der Finanzmarktregulierung ist die langfristige Sicherung der Stabilität des Finanzsystems. Dazu sollen potenzielle Risiken frühzeitig erkannt, gezielt reduziert und wirksam gemanagt werden. Durch entsprechende Massnahmen können systemische Gefahren eingedämmt und Krisen vermieden werden, im Interesse eines widerstandsfähigen und vertrauenswürdigen Finanzplatzes.

Förderung der Wettbewerbsfähigkeit

Zusätzlich soll die Regulierung zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes beitragen. Wenn gute und klare Rahmenbedingungen gesetzt werden, stärkt dies den Finanzplatz. Beispielsweise ermöglicht die FinTech-Lizenz Innovationen und erleichtert den Markteintritt neuer Un-

ternehmen. Dadurch bleibt der Finanzplatz attraktiv für Investoren und Marktteilnehmer, und somit auch international wettbewerbsfähig.

Anlegerschutz und Transparenz

Die Regulierung hat auch den Schutz der Anleger und die Erhöhung der Transparenz im Blick. Sie schützt die Interessen der Anleger und das faire und transparente Funktionieren des Marktes, was das Vertrauen in das System stärkt. Ein Instrument dafür ist die Einlagensicherung: Sie schützt Kundengelder bis zu 100'000 Franken im Falle einer Bankinsolvenz und trägt damit zur Sicherheit und Stabilität des Finanzsystems bei. Sie reduziert das Risiko eines Bank-Runs, senkt aber gleichzeitig die Risikosensitivität der Anleger. Das Beispiel zeigt, dass Regulierungsinstrumente immer auch Kosten oder negative Effekte mit sich bringen.

Marktmissbrauch verhindern

Ein weiteres Regulierungsziel ist die Verhinderung von Missbrauch. Durch Regulierung wird Marktmanipulation und anderen illegalen Aktivitäten wie Insiderhandel und unlauteren Praktiken vorgebeugt, was die Integrität des Marktes sicherstellt. Ein wichtiges Instrument sind die Meldepflichten für Insidergeschäfte, die dafür sorgen, dass Verdachtsfälle frühzeitig erkannt und geahndet werden können. So werden die Integrität und das Vertrauen in den Finanzmarkt gestärkt. Die FINMA verfolgt Insiderhandel und Marktmanipulation gestützt auf das Finanzmarktinfrastrukturgesetz (FinfraG). Darüber hinaus schützt das Kollektivanlagegesetz (KAG) die Anlegerinnen und Anleger und sorgt für Transparenz sowie die Funktionsfähigkeit des Marktes für kollektive Kapitalanlagen. Das Geldwäschereigesetz (GwG) legt umfassende Sorgfaltspflichten zur Verhinderung von Geldwäscherei fest, während das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) unlautere Geschäftspraktiken verbietet. Zusätzlich kommen sektorenspezifische Vorschriften zur Anwendung, wie das Bankengesetz (BankG), das Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) sowie das Finanzinstitutsgesetz (FinIG) für Vermögensverwalter und Anlageberater, die jeweils ergänzende Anforderungen und Aufsichtspflichten enthalten.

Systemische Risiken reduzieren

Schliesslich trägt die Regulierung zur Reduzierung systemischer Risiken bei. Insbesondere verringern Vorgaben wie die «Too-big-to-fail»-Regeln das Risiko eines Dominoeffekts, der durch Bankenschieflagen ausgelöst werden könnte, und machen das Finanzsystem insgesamt stabiler.

Eigenkapitalregulierung

Die Eigenkapitalregulierung basiert auf internationalen Empfehlungen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision), der weltweit einheitliche Standards für die Bankenaufsicht entwickelt. Die Eigenkapitalregulierung, insbesondere durch die Umsetzung von «Basel III final», zielt darauf ab, die Eigenkapitalanforderungen für Banken zu erhöhen. Dies stärkt die finanzielle Widerstandsfähigkeit der Banken und sorgt dafür, dass sie in Krisenzeiten besser in der Lage sind, Verluste abzufedern. Allerdings gehen höhere Eigenkapitalanforderungen auch mit Kosten einher, etwa durch eine Verteuerung der Kreditvergabe. Daher ist ein ausgewogenes Verhältnis wichtig, da eine zu hohe Kapitalbindung auch die Wirtschaftstätigkeit beeinträchtigen kann.

Einlagensicherung

Die Einlagensicherung schützt die Einlagen der Sparer und stärkt das Vertrauen in das Bankensystem, indem sie das Risiko eines Bank-Runs verringert. Gleichzeitig kann sie aber die Risikowahrnehmung der Sparer beeinflussen.

Bekämpfung von Geldwäscherei

Zur Bekämpfung von Finanzkriminalität müssen Banken verdächtige Aktivitäten melden und die Herkunft von Geldern sowie die Identität der Kunden überprüfen. Dies stärkt die Sicherheit und Integrität des Finanzsystems.

Elektronisches Register für wirtschaftlich Berechtigte

Das künftig einzuführende Transparenzregister für juristische Personen gemäss TJPG sorgt für Transparenz, indem es die tatsächlichen Eigentümer

von juristischen Personen identifizierbar macht. Dies hilft, illegale Aktivitäten wie Geldwäsche zu bekämpfen.

Trotz aller Massnahmen ist es wichtig zu betonen, dass Risiken niemals vollständig eliminiert werden können. Eine vollständige Absicherung würde das risiko-basierte Geschäftsmodell von Banken infrage stellen. Banken müssen weiterhin in der Lage sein, Risiken einzugehen, um ihre volkswirtschaftliche Funktion zu erfüllen. Ein Beispiel für ein Risiko einer übermässigen Regulierung wäre eine drastische Verschärfung der Kapitalauflagen, die die Fähigkeit der Banken zur Kreditvergabe stark einschränken würde.



Welche zusätzlichen Kriseninstrumente ***gibt es?***

Im Falle einer schweren Krise kann der Staat zusätzliche Instrumente einsetzen, um die Stabilität des Finanzsystems gezielt zu sichern. Diese ergänzen die bestehenden Regulierungsmassnahmen und ermöglichen es den Behörden wie der FINMA und der SNB, direkt einzugreifen, um das System vor einem Zusammenbruch zu schützen, auch wenn dadurch die Marktmechanismen vorübergehend ausser Kraft gesetzt werden.

Liquiditätshilfen der SNB (ELA) und Public Liquidity Backstop (PLB)

Zu den wichtigsten kurzfristigen Massnahmen im Krisenfall gehören Liquiditätshilfen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) in Form der Emergency Liquidity Assistance (ELA), die grundsätzlich allen Banken offensteht, sowie der Public Liquidity Backstop (PLB), der ausschliesslich für systemrelevante Banken vorgesehen ist. Der Bund und die SNB verfolgen damit das Ziel, sys-

temrelevante Banken auch in Krisenzeiten zahlungsfähig und handlungsfähig zu halten.

Vorübergehende Verstaatlichung und «Bad Banks»

In schweren Fällen kann der Staat Institute vorübergehend verstaatlichen, um sie zu sanieren. Eine weitere Massnahme ist die Auslagerung risikobehafteter Aktiven in sogenannte «Bad Banks». Dadurch werden die Bilanzen der betroffenen Banken entlastet und ihre Fortführung ermöglicht.

«Bail-in»

Ein weiteres Kriseninstrument zur Gläubigerbeteiligung ist der «Bail-in». Dabei werden Gläubiger verpflichtet, Verluste zu tragen, bevor staatliche Mittel eingesetzt werden. Das Ziel ist es, den Steuerzahler zu schützen und die Kosten einer Rettung möglichst marktgerecht zu verteilen.

Notfusionen

Ein weiteres Kriseninstrument ist die Notfusion. Dabei übernimmt ein starkes Institut eine angeschlagene Bank. Ein prominentes Beispiel ist die Übernahme der Credit Suisse durch die UBS im März 2023. Solche Fusionen sollen einen Dominoeffekt verhindern und das Vertrauen in den Finanzplatz stärken.



Wie hat sich die Finanzmarktregulierung *historisch entwickelt?*

Ein Blick auf die historische Entwicklung hilft dabei, die heutigen Regulierungen besser zu verstehen, insbesondere, wie vergangene Krisen die Gestaltung der heutigen Finanzmarktregulierung und -aufsicht geprägt haben.

Erste Ansätze im 17. und 19. Jahrhundert

Die Finanzmarktregulierung hat sich über Jahrhunderte hinweg ständig weiterentwickelt, immer als Reaktion auf wirtschaftliche Krisen und instabile Finanzsysteme. Der erste bedeutende Schritt in diese Richtung war die Gründung der Bank of England im Jahr 1694. Sie war nicht nur eine Bank, sondern übernahm im Laufe der Zeit immer mehr regulatorische Funktionen, insbesondere im Zusammenhang mit der Überwachung und Stabilisierung des Bankensystems. Im 19. Jahrhundert führten dramatische Bankkrisen, wie die von 1825 in Grossbritannien, zu einem klaren Weckruf: Es war dringend notwendig, das Bankwesen besser zu überwachen und zu regulieren. Diese Krisen machten

deutlich, wie zerbrechlich das System sein konnte, wenn keine klaren Regeln und Sicherheitsmechanismen vorhanden waren.

Die grosse Depression als Wendepunkt

Ein wahrer Wendepunkt in der Geschichte der Finanzmarktregulierung war jedoch die grosse Depression der 1930er-Jahre. Die verheerende Wirtschaftskrise führte zu einem massiven Vertrauensverlust in die Banken und rief eine Reihe von Reformen hervor. In den USA wurde das Glass-Steagall-Gesetz von 1933 verabschiedet, das eine Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken vornahm, ein Schritt, der das Finanzsystem sicherer und stabiler machen sollte. Auch die Securities and Exchange Commission (SEC) wurde gegründet, mit dem klaren Auftrag, die Finanzmärkte zu überwachen und ihre Fairness sowie Transparenz sicherzustellen.

Deregulierung und Globalisierung nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte die Weltwirtschaft eine Phase der Liberalisierung, in der immer mehr Banken dereguliert wurden. Das Bretton-Woods-System trieb den internationalen Handel und den Kapitalfluss voran, und in den 1970er-Jahren entschlossen sich immer mehr Länder für eine Marktliberalisierung, die den Finanzsektor komplexer und global vernetzter machte.

Die Finanzkrise 2007–2008 und die Rückkehr zur Regulierung

Die Finanzkrise von 2007–2008 brachte dann ein weiteres dramatisches Umdenken. Der Zusammenbruch grosser Finanzinstitute legte die deutlichen Schwächen des Systems offen. Die Finanzkrise wurde aber auch durch politische und geldpolitische Entscheidungen begünstigt. In den USA förderte die Politik gezielt den breiten Zugang zu Wohneigentum, unabhängig von der Bonität, während die US-Notenbank über einen längeren Zeitraum hinweg die Zinsen auf einem sehr niedrigen Niveau hielt. Diese Faktoren schufen gemeinsam einen Nährboden für übermässige Kreditvergabe und spekulative

Blasen, die schliesslich zum Kollaps führten. Die Krise führte zu einer Flut von Staatsinterventionen und einer neuen Welle von Regulierung, die das Vertrauen in das Finanzsystem wiederherstellen sollte. Ein bedeutender Schritt war die Einführung des Basel-III-Abkommens, das Banken strengere Kapital- und Liquiditätsanforderungen auferlegte, um das Risiko von zukünftigen Krisen zu verhindern. In den USA wurde der Dodd-Frank Act verabschiedet, der die «Too-big-to-fail»-Problematik ansprach und die Transparenz auf den Finanzmärkten deutlich erhöhte.

Aktuelle Herausforderungen und Weiterentwicklung

In den letzten Jahren hat sich die Finanzmarktregulierung kontinuierlich weiterentwickelt, um mit den Veränderungen in der Finanzwelt Schritt zu halten. Neue Technologien wie FinTechs und Kryptowährungen stellen neue Herausforderungen für die Regulierung dar. Ein Beispiel auf europäischer Ebene ist die MiFID-II-Richtlinie, die insbesondere den Anlegerschutz und die Markttransparenz stärken soll. Allerdings ist die Regulierung nicht ohne Kosten: Sie kann (insbesondere auch für kleine Institute) zu einem erhöhten administrativen Aufwand führen, Innovationen bremsen oder Fehlanreize setzen, zum Beispiel wenn Marktteilnehmer übermässig risikoscheu werden, sich in regulierungsarme Räume zurückziehen oder ein falsches Sicherheitsgefühl («Moral Hazard») geschaffen wird. Daher ist es wichtig, dass Regulierung nicht nur wirksam, sondern auch verhältnismässig ausgestaltet ist. Neben dem Nutzen einer Regulierung sollten immer auch die damit verbundenen Kosten und unbeabsichtigte Effekte berücksichtigt werden.

Diese kontinuierliche Anpassung zeigt eines ganz klar: Die Finanzmarktregulierung ist ein wichtiger Prozess, der sich ständig den Veränderungen der globalen Finanzwelt anpassen muss. Gleichzeitig darf die Regulierung nicht zu häufigen und willkürlichen Änderungen unterworfen sein, denn Rechtssicherheit und Verlässlichkeit sind ebenso entscheidend für das Vertrauen der Marktteilnehmer. Die Regulierung sollte prinzipienbasiert gestaltet sein, sodass sie flexibel genug ist, um Innovationen zu berücksichtigen, ohne bei jeder Neuerung angepasst werden zu müssen. Aktuelle Deregulierungstendenzen, etwa in den USA, verdeutlichen jedoch die Risiken eines zu laschen Regulierungsrahmens. Ein stabiles Finanzsystem erfordert eine sorgfältige Balance zwischen Freiheit und Kontrolle. Regulierung bleibt somit der Schlüssel

für die Zukunftssicherheit unserer Finanzmärkte und sorgt dafür, dass die Weltwirtschaft auch in turbulenten Zeiten auf einem stabilen Fundament steht.



Welche wesentlichen Regulierungen ***bestehen heute?***

Der Schweizer Finanzmarkt ist durch ein engmaschiges Netz aus gesetzlichen Regelungen und selbstregulatorischen Standards geschützt, das die Stabilität, Integrität und Transparenz des Systems sicherstellt. Diese Regelungen betreffen nicht nur Banken und Versicherungen, sondern auch Finanzdienstleister, Börsenplätze und kollektive Kapitalanlagen. In diesem Kapitel wird auf die aktuellen gesetzlichen und selbstregulatorischen Grundlagen eingegangen, die den Schweizer Finanzmarkt regeln.

Banken

Ein zentrales Regelwerk für den Bankensektor ist das Bankengesetz (BankG). Es regelt die Organisation, Bewilligung und Überwachung von Banken, wobei der Schutz der Gläubiger im Vordergrund steht. Die FINMA (Eidgenössische Finanzmarktaufsicht) ist für die Zulassung von Banken in der Schweiz verantwortlich und stellt sicher, dass diese strenge Anforderungen an Eigenkapital

und Reserven erfüllen. Dies sorgt dafür, dass Schweizer Banken international als besonders sicher gelten. Auch das berühmte Schweizer Bankgeheimnis (Art. 47 BankG) ist hier verankert.

Wertpapierhäuser

Das Finanzinstitutsgesetz (FINIG) legt die Anforderungen an Finanzinstitute wie Vermögensverwalter, Fondsleitungen und Wertpapierhäuser fest. Es sorgt für eine einheitliche Regulierung des Effektenhandels und schafft einen rechtlichen Rahmen zum Schutz der Anleger und für die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte.

Finanzmarktinfrastrukturen

Das Finanzmarktinfrastukturgesetz (FinfraG) reguliert Handelsplätze, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister. Es sorgt dafür, dass auch der Handel mit Derivaten unter klaren, sicheren Bedingungen stattfindet.

Finanzdienstleistungen

Das Finanzdienstleistungsgesetz (FIDLEG) stellt sicher, dass Finanzdienstleister fair und transparent arbeiten. Es definiert die Verhaltens- und Informationspflichten, die sie gegenüber ihren Kunden einhalten müssen, und fördert so den Schutz der Anleger.

Kollektive Kapitalanlagen

Das Kollektivanlagengesetz (KAG) regelt die Bewilligung, Organisation und Überwachung von kollektiven Kapitalanlagen. Ziel ist es, den Schutz der Anleger zu stärken und eine transparente, effiziente Marktstruktur zu schaffen.

FINMAG

Das Finanzmarktaufsichtsgesetz (FINMAG) bildet die Grundlage für die Tätigkeit der FINMA. Es regelt die staatliche Aufsicht über Banken, Versicherungen und Finanzintermediäre und stellt sicher, dass ein umfassender

und einheitlicher Regulierungsrahmen existiert, indem es als Dachgesetz über die übrigen Gesetze, die Vorschriften zur Finanzmarktaufsicht enthalten, ausgestaltet ist.

Versicherungen

Im Bereich der Versicherungen gibt es das Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG), das die staatliche Kontrolle über Versicherungsunternehmen und -vermittler regelt. Es schützt die Versicherten vor Insolvenzrisiken und Missbrauch. Das Versicherungsvertragsgesetz (VVG) legt die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Verträge zwischen Versicherern und Versicherten fest.

Geldwäscherei

Das Geldwäschereigesetz (GwG) ist für alle Finanzintermediäre relevant und legt Massnahmen zur Prävention von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung fest. Finanzinstitute müssen besonders sorgfältig bei Finanztransaktionen sein und wirksame Kontrollen durchführen, um illegale Geldflüsse zu verhindern.

Pfandbriefe

Das Pfandbriefgesetz (PfG) regelt die Ausgabe von Pfandbriefen und sorgt dafür, dass die entsprechenden Sicherheiten transparent und sicher gehandhabt werden.

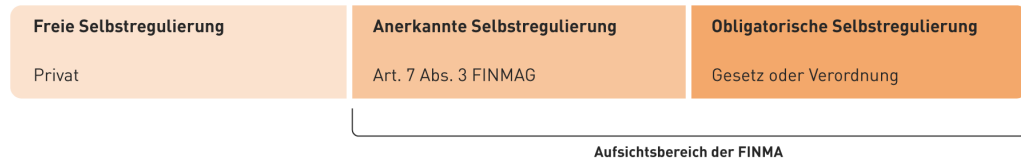
Selbstregulierung

Neben diesen gesetzlichen Grundlagen spielt in der Schweiz auch die Selbstregulierung eine bedeutende Rolle. Dabei handelt es sich um Standards und Richtlinien, die von der Branche selbst entwickelt werden. Diese Selbstregulierung lässt sich in drei Kategorien unterteilen:

Abbildung 2

Selbstregulierung im schweizerischen Finanzmarktrecht

► Formen der Selbstregulierung



Quelle: FINMA
www.economiesuisse.ch

Freie Selbstregulierung, die rein privatautonom ist und ohne Mitwirkung des Staates geschieht, wie etwa die Richtlinien des Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance von economiesuisse. Diese Regelwerke sind rechtlich nicht bindend, finden aber in der Praxis breite Beachtung und haben sich als wichtige Orientierungshilfen etabliert.

Selbstregulierung, die von der FINMA als Mindeststandard anerkannt wird und damit de facto verbindlich ist, da sie die aufsichtsrechtliche Beurteilung der Institute wesentlich beeinflusst. Beispiele hierfür sind die Selbstregulierung der Schweizerischen Bankiervereinigung, insbesondere die VSB 20 (Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken), und der Asset Management Association. Gestützt auf Art. 7 Abs. 3 FINMAG fördert die FINMA die Selbstregulierung und kann diese im Rahmen ihrer Aufsichtsbefugnisse als Mindeststandard anerkennen und durchsetzen. Solche Normen gelten somit nicht nur für Mitglieder der entsprechenden Selbstregulierungsorganisation, sondern sind auch von allen übrigen Branchenzugehörigen einzuhalten.

Die obligatorische Selbstregulierung beruht auf einer gesetzlichen Grundlage und ist daher verbindlich. Ein Beispiel dafür ist das Reglement der Selbstregulierungsorganisationen (SRO) zur Bekämpfung der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung. Solche gesetzlichen Regulierungsaufträge finden sich etwa im Bankengesetz (Art. 37h BankG zur Einlagensicherung) oder

im Geldwäschereigesetz (Art. 24 ff.). Die daraus resultierenden Selbstregulierungsvorschriften müssen von der FINMA genehmigt werden.



Welche relevanten Institutionen gibt es ***und was ist deren Rolle?***

In diesem Kapitel wird erläutert, welche Institutionen für die Regulierung des Schweizer Finanzmarktes verantwortlich sind. Die Verantwortung für die Regulierung des Schweizer Finanzmarktes ist auf mehrere starke Institutionen verteilt, jede mit ihrer eigenen, wichtigen Aufgabe im Zusammenspiel von Stabilität, Sicherheit und Vertrauen.

Parlament, Bundesrat und Volk

Das Parlament nimmt eine grundlegende Rolle ein, indem es die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Finanzmarkt schafft. Es sorgt somit für die demokratische Legitimation aller regulatorischen Vorgaben. Auch das Volk spielt im politischen Prozess eine zentrale Rolle: Durch Referenden und Volksinitiativen kann es direkt Einfluss auf Gesetzgebungsprozesse nehmen und Korrekturen an regulatorischen Entwicklungen anstossen. Der Bundesrat konkretisiert die gesetzlichen Vorgaben auf Verordnungsebene und schafft

damit den Rahmen für eine wirksame Umsetzung. In Krisensituationen, wie beispielsweise bei der Rettung der Credit Suisse, tritt der Bundesrat verstärkt in Erscheinung. Als Exekutivorgan der Schweiz kann er in Ausnahmesituationen Notverordnungen erlassen und übernimmt die Koordination des Krisenmanagements.

SNB

Eine Schlüsselrolle spielt die Schweizerische Nationalbank (SNB). Sie sorgt nicht nur für stabile Preise, sondern trägt auch aktiv zur langfristigen Stabilität des Finanzsystems bei und stellt im Krisenfall Liquidität zur Verfügung. Dabei beobachtet sie systemische Risiken, analysiert geldpolitische Entwicklungen und schafft verlässliche Rahmenbedingungen für den Finanzmarkt.

FINMA

Die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA) ist die wichtigste Aufsichtsbehörde im Schweizer Finanzsektor. Sie stellt sicher, dass Banken, Versicherungen und andere Finanzinstitute die geltenden gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen erfüllen. Ziel der FINMA ist es, die Stabilität des Finanzsystems zu wahren und das Vertrauen in den Markt aufrechtzuerhalten.

Selbstregulatoren

Darüber hinaus spielt die Selbstregulierung in der Schweiz eine bedeutende Rolle. Es existieren mehrere Selbstregulatoren, darunter die Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg), die Asset Management Association Switzerland (AMAS), die SIX Swiss Exchange und verschiedene Selbstregulierungsorganisationen (SRO). Diese wurden von den Akteuren des Finanzmarktes selbst geschaffen, um spezifische Standards und Regeln festzulegen. Sie sind wesentlich an der Rolle in der präventiven Regulierung sowie bei der Förderung von Best Practices innerhalb des Finanzsektors beteiligt.

Die Vielfalt dieser Institutionen bildet ein fein abgestimmtes Gefüge, welches Rahmenbedingungen für den Finanzmarkt schafft und auch zu deren Überwachung beiträgt.



Welche internationalen Regeln ***übernimmt die Schweiz?***

Bedeutung internationaler Standards

Die zunehmende Vernetzung globaler Finanzmärkte erfordert einheitliche und klare Regeln. Ohne diese gemeinsamen Standards könnten Wettbewerbsverzerrungen und Instabilitäten entstehen, besonders im grenzüberschreitenden Bankengeschäft. Internationale Standards helfen, gleiche Bedingungen für alle Marktteilnehmer zu schaffen und ermöglichen es, systemische Risiken wie Finanzkrisen frühzeitig zu erkennen und abzufedern. Die Schweiz hat sich aktiv an die wichtigsten internationalen Standards angepasst, um ihren Finanzplatz stabil und wettbewerbsfähig zu halten. Die Schweiz orientiert sich an verschiedenen internationalen Standards, die ihr helfen, als globaler Finanzplatz zu bestehen. In diesem Kapitel werden die verschiedenen Standards kurz erläutert.

Basel III

Nach der Finanzkrise 2008 wurde Basel III ins Leben gerufen, um die Eigenkapitalausstattung und Liquidität von Banken zu verbessern. Die Schweiz hat diese Standards übernommen und teilweise verschärft, um Banken robuster zu machen.

FATF (Financial Action Task Force)

Die FATF entwickelt weltweit geltende Standards zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Die Schweiz hat diese übernommen, um die Integrität des Finanzsystems zu wahren und illegale Geldströme zu verhindern.

MiFID II (Markets in Financial Instruments Directive II)

Obwohl MiFID II primär für den EU-Raum konzipiert wurde, hat die Schweiz wichtige Elemente übernommen, um ihre Finanzmärkte effizienter, transparenter und besser reguliert zu machen.

ISO 20022

Ein internationaler Standard für den Austausch von Finanznachrichten, der den internationalen Zahlungsverkehr harmonisiert und vereinfacht. Durch die Einführung dieses Standards hat die Schweiz ihre Zahlungsprozesse automatisiert und die Effizienz im Finanzwesen erhöht.

OECD-Standards

Die Schweiz übernimmt OECD-Standards, um Steuerhinterziehung zu bekämpfen, Transparenz zu fördern und ein verantwortungsbewusstes Wirtschaftssystem zu unterstützen.

G20 und Financial Stability Board (FSB)

Die Empfehlungen des FSB beeinflussen auch die Schweiz, insbesondere bei der Regulierung systemischer Risiken und der Förderung der Finanzmarktstabilität.

Anschlussfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit

Indem die Schweiz diese internationalen Standards übernimmt, sichert sie ihre internationale Anschlussfähigkeit, stärkt das Vertrauen in ihren Finanzplatz und bleibt im globalen Wettbewerb konkurrenzfähig.



Die Schweiz im internationalen Vergleich: ***Auswirkungen strenger Regulierung auf den Finanzplatz***

Auswirkungen der strengeren Regulierung auf die Wettbewerbsfähigkeit

Obwohl zusätzliche regulatorische Anforderungen die Stabilität und Sicherheit des Finanzsystems erhöhen, können sie auch die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen. Strengere Vorschriften führen zu höheren Kosten für Banken und können deren operativen Spielraum einschränken. Besonders kleinere Finanzinstitute spüren diese Belastungen oft deutlicher. Wenn die regulatorischen Anforderungen zu komplex und kostspielig werden, könnten Unternehmen dazu neigen, Standorte mit weniger strengen Vorschriften zu wählen. Das könnte nicht nur die Attraktivität des Schweizer Finanzplatzes für internationale Investoren verringern, sondern auch den Zugang zum globalen Wettbewerb erschweren. Zudem kann eine zu hohe regulatorische

Belastung den Wettbewerb im Inland beeinträchtigen, zum Beispiel durch steigende Marktkonzentration oder hohe Eintrittshürden für neue Marktteilnehmer und dadurch letztlich Innovation bremsen. Hinzu kommen mögliche Überwälzungseffekte auf die Realwirtschaft, etwa in Form restriktiverer oder teurerer Kreditkonditionen, welche die Finanzierungsmöglichkeiten von Unternehmen einschränken können.

Die Schweizer Regulierung im internationalen Vergleich

Im internationalen Vergleich wird die Schweizer Finanzmarktregulierung als eher streng betrachtet. Diese Strenge sorgt für Stabilität und Sicherheit, stellt aber auch eine Herausforderung dar, da Banken und Finanzinstitute höhere Anforderungen erfüllen müssen als in vielen anderen Ländern. Für die Schweiz ist es daher wichtig, ein Gleichgewicht zwischen Sicherheit und unternehmerischer Freiheit zu finden. Nur so bleibt der Finanzplatz Schweiz wettbewerbsfähig, innovationsfreundlich und international anschlussfähig.

Die Balance zwischen Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit

Die Schweiz verfolgt eine robuste Finanzmarktregulierung, die internationale Standards berücksichtigt und in bestimmten Bereichen über diese hinausgeht, um das Finanzsystem besonders stabil zu halten. Diese strengeren Vorgaben tragen zur Risikominderung bei und stärken das Vertrauen in den Finanzplatz. Dennoch muss die Schweiz darauf achten, dass die Regulierung nicht zu rigide wird und die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes beeinträchtigt. Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen strengen Vorschriften und unternehmerischer Flexibilität ist entscheidend, um die Zukunftsfähigkeit des Finanzmarktes zu sichern.